

Redaktion:
Wien, V., Hundstürmerstraße 89.

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzusendung:
Halbjährig 80 kr.
Vierteljährig 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Ruvert) 70 kr. = Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 88 kr. = 1 Fr. 25 Cent.
Einzeln Exemplare 6 kr.

„Die Zukunft“ erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Unverfugte Reklamationen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administration u. Expedition:
Wien, V., Hundstürmerstraße 89.

Inserzions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen: **5 kr.**
Für Anzeigen von Privatpersonen: **10 kr.**
die dreimal gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte

werden nicht zurückgegeben.

Nr. 32.

Wien, Donnerstag 27. Jänner.

1881.

Parteigenossen! Vergesst der Familien der Inhaftirten nicht.

Abonnements-Einladung.

Mit 31 Nummer begann ein neues Quartal zum Abonnement der Zeitschrift

Die Zukunft

Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

„Die Zukunft“ erscheint monatlich zweimal, und zwar an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Das Abonnement beträgt für Oesterreich-Ungarn: halbjährig 80 kr., vierteljährig 40 kr.

Parteigenossen!

Mit Beginn dieses Jahres ist die „Zukunft“, wie bereits die Ueberschrift der letzten Nummer zeigte, zum Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie erhoben worden. Wir erwarten von Euch, daß Ihr in voller Würdigung dieser Tatsache der „Zukunft“ Eure Unterstützung in dem Maße gewähret, daß sie im Stande sei, ihrer Aufgabe gerecht zu werden und den berechtigten Anforderungen ihrer Leser zu entsprechen.

Insbesondere ist es Eure Pflicht, für die Verbreitung des Blattes, das die Parteiinteressen in erster Linie zu wahren hat, nach Kräften tätig zu sein; denjenigen unter Euch, die im Stande sind, durch Veröffentlichung von Artikeln und durch Mitteilungen sozialen und politischen Inhaltes der Partei zu dienen, obliegt es, die „Zukunft“ durch derartige Zusendungen inhaltreicher und zum Kampfe mit den Gegnern befähigter zu machen.

Daß Geldunterstützungen für ein Blatt notwendig sind, welches durch die geringen Mittel der Arbeiter erhalten wird und der heftigsten Verfolgung seitens der herrschenden Parteien ausgesetzt ist, wißt Ihr; die beste und dauerndste Unterstützung wird aber die Sammlung von Abnehmern und Abonnenten des Blattes sein.

Wir werden nach wie vor trachten, durch Verbreitung unserer Ideen und rücksichtslose Bekämpfung der Gegner innerhalb der engeren Grenzen unserer Sache zum Siege zu verhelfen; wir werden insbesondere bei der bevorstehenden Beratung der Gewerbeordnung, bei der es sich um die wichtigsten Interessen der Arbeiter handelt, mit Nachdruck und Entschiedenheit den Standpunkt des Arbeiterstandes und der Partei vertreten — wir werden, soweit uns Mitteilungen zugehen und eigene Erkundigungen nachweisen, Uebelstände und Ungerechtigkeiten, unter denen die Arbeiter zu leiden haben, an das Tageslicht ziehen und einer schonungslosen Kritik unterwerfen.

Möge unser gemeinsames Streben erfolgreich sein und auch die heute noch Gleichgültigen in unser Lager überführen — dazu rechnen wir auf Eure Hilfe.

Die Redaktion der „Zukunft“.

Briefe und Geldsendungen sind nur zu richten an Andr. Grosse, 4. Bez., Hauptstraße 23, 1. St., alle auf die Redaktion, Administration und Expedition bezughabenden Zusendungen an die Redaktion der „Zukunft“, 5. Bez., Hundstürmerstraße 89, 2. Hof, 1. Etage, 1. Stod.

Die Herausgeber.

Parteigenossen!

Viele unserer Genossen befinden sich seit Monaten in Haft. Es sind gegenwärtig 16 Genossen zu unterstützen, von welchen sechs Familienväter sind, wodurch sich selbstverständlich, da für die Familien der Inhaftirten in erster Linie gesorgt werden muß, die Auslagen für die zu Unterstützenden beträchtlich steigern. Wenn nun auch anerkannt werden muß, daß von den Genossen sehr viel getan wird, um die Lage der Inhaftirten zu

erleichtern und sie namentlich über das Schicksal ihrer Familien zu beruhigen, so kann man sich doch überzeugt halten, daß es nur der Mitteilung bedarf, daß das bisher geleistete zur regelmäßigen Unterstützung aller verhafteten Genossen und deren Familien nicht ausreicht, um alle sozialdemokratischen Arbeiter Oesterreichs anzuspornen, ihre Anstrengungen zur Aufbringung von Geldern zu Unterstützungs zwecken zu verdoppeln.

Zweckmäßig wäre es auch, wenn alle Jene, welche irgend einem verhafteten Genossen oder dessen Familie eine spezielle Unterstützung zuzuwenden beabsichtigen, dies durch den Unterzeichneten zu tun, oder wenigstens denselben von jeder derartig geleisteten Unterstützung verständigen wollten, damit derselbe einen Ueberblick gewinnen und da, wo es am notwendigsten ist, zuerst geholfen werden könne.

Vom 1. März bis 31. Dezember 1880 gingen 1050 fl. 89 kr. an Unterstützungen ein. Die Ausgaben hingegen beliefen sich auf 1081 fl. 64 kr. Mithin ergibt sich mit 1. Jänner 1881 ein Defizit von 30 fl. 75 kr. Zur einigermaßen entsprechenden Unterstützung aller verhafteten Genossen und deren Familien sind gegenwärtig jede Woche ungefähr 100 fl. erforderlich. Bis jetzt wurde aber nicht einmal in 14 Tagen dieser Betrag aufgebracht.

Sozialdemokraten Oesterreichs! Ihr werdet nicht wollen, daß Eure eingetretten Genossen auf die Gefängnisloft angewiesen seien und daß ihre Familien darben sollen. Tut, was in Euren Kräften steht, ihr Los zu erleichtern.

Wien, im Jänner 1881.

Mit sozialdemokratischen Gruß

Josef Hybes.

„Demokratische“ Späße.

Das „demokratische Organ“ („W. Tagblatt“) vom 11. Jänner brachte unter dem packenden Titel: „Der Sturz der Kommunards“ einen Leitartikel, der durch eine Fülle von unbewiesenen Behauptungen und unerschämten Verdrehungen dem bekannten „dummen Kerl“ von Wien imponiren soll. Am Eingange des in der bekannten Blumenprache geschriebenen Artikels tritt der „Genius der Freiheit“ („die ich meine“) mit einem Schwert auf, das er gegen das schwarze und gegen das rote Gespenst schwingt; nun soll nach Angabe des Tagblatt-Visionärs der erwähnte Genius durch die Märzdekrete der französischen Regierung das schwarze, und durch die Gemeinderatswahlen von Paris das rote Gespenst vertrieben haben. Diese mitologischer Erzählung dient dazu, um den Liberalismus zu verherrlichen und als allein seligmachendes Dogma zu verkünden. So verkündet das „Tagblatt“ u. A., „daß ein großer Teil des französischen Volkes sich in relativ glücklichen Verhältnissen befindet“. Wie heißt? Was bedeutet „relativ glücklich“? Soll das vielleicht sagen, daß die französischen Arbeiter sich materiell besser befinden als die deutschen, belgischen, englischen Arbeiter, welche bekanntlich mit ihrer Lage durchaus nicht zufrieden sind? Wo sind die Beweise für eine derartige Behauptung? Nirgends. Ein Streif folgt in Frankreich dem andern, Polizei und Militär schreitet mit Gewalt ein und mißhandelt die hungernden Arbeiter, die sich der Willkür der Fabrikanten nicht fügen wollen, wie es erst vor wenigen Wochen in Nordfrankreich geschahen — und solchen Thatfachen gegenüber mag das „Tagblatt“ zu behaupten, daß der „kenntnisreiche, tüchtige Arbeiter“ in Paris bereits mehr verdiene, als die Mehrzahl der Staatsbeamten und Ingenieure, „auch weit höhere Bezüge hat, als die subalternen Offiziere“. Die Krone des Blödsinns und der arroganten Unwissenheit bildet aber folgender Satz: „Der Sozialist, wenn er aufrichtig und ehrlich ist, kann für den Fall der Etablierung des Sozialismus dem Arbeiter nicht die Hälfte dessen versprechen, was er gegenwärtig in Frankreich und speziell in Paris bereits wirklich besitzt.“ Es gibt Lügen, die so handgreiflich sind, daß man sich lächerlich machen würde, wenn man sie widerlegte; zu diesen Lügen gehört obige Behauptung des „Tagblatt“-Redakteurs und die allein entsprechende Antwort wäre die Auslieferung des Herrn an die „relativ glücklichen“ französischen Arbeiter, damit sie ihm persönlich für das ihnen bewiesene Wohlwollen danken könnten.

Politische Uebersicht.

Vor einigen Wochen wurde bereits im Klub des rechten Zentrums des Abgeordnetenhauses ein Antrag auf Erweiterung des Wahlrechtes eingebracht, zu dessen Erledigung ein Subkomitee eingesetzt wurde, als dessen Referent Dr. Lienbacher fungirt. Da zur Durchführung eines derartigen Gesetzeswurfes das Zusammengehen aller drei Klubs der gegenwärtigen Reichratsmajorität notwendig ist, hat sich das erwähnte Subkomitee mit dem tschechischen und polnischen Klub in Verbindung gesetzt und auch die Regierung eingeladen, ihre Ansichten darüber auszusprechen, damit man auch der Unterstützung der Regierung in dieser Frage sicher ist. Es soll u. A. vorgeschlagen sein, eigene Arbeiterkammern mit Wahlrecht in das Parlament einzuführen. Sobald die Besprechungen zu einem positiven Resultate geführt haben, werden wir uns mit der Frage näher befassen; aber als charakteristisch für österreichische Verhältnisse wollen wir schon heute die Tatsache hervorheben, daß es einer konservativen Regierung und einer konservativen Reichratsmajorität bedurfte, um die Erweiterung des Wahlrechtes auf die Tagesordnung zu bringen und daß es die liberale Partei ist, welche den Versuch macht, die von den Liberalen dem Herrn Oberwinder versprochenen und nie verwirklichten Arbeiterkammern einzuführen.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 21. Jänner teilt der Obmann des Strafgesetzesausschusses, Dr. Lienbacher, mit, daß der Ausschuß demnächst den Antrag des Dr. Gregor auf Abschaffung des objektiven Verfahrens erledigen werde. In derselben Sitzung interpellirte Dr. Hoffer den Justizminister über die häufigen Konfiskationen der Wiener Tagesblätter.

Gegenwärtig verhandelt das Abgeordnetenhause über ein neues Wuchergesetz, durch welches der Ausbeutung des Schuldners gewisse Grenzen gesetzt werden sollen, deren Ueberschreitung dem Strafgesetze verfällt. Die dem Wucherer verfallenden Kreditaufschüsse beginnen nach dem Ansuchen mit dem Zinsfuß von zehn Prozent pro Jahr, wenn durch dieselben der Leichtsinne, die Leidenschaft, die Schwäche oder Unwissenheit des Schuldners, zu dessen wirtschaftlichem Verderben ausgebeutet wird. Unsern Standpunkt den Wucherer gegenüber, mögen sie nun straf- oder zivilrechtlicher Natur sein, haben wir schon wiederholt dargelegt; wir betrachten Strafbestimmungen gegen den Wucher und Festsetzung des Zinsfußes als Mittel zur Uebersetzung bestehender Uebelstände, aber sie können die Expropriation des durch Arbeit erworbenen Eigentums nur verzögern, keineswegs aber aufheben, weil die Wurzel des Uebels in der sozialen Organisation selbst zu suchen ist und nur durch deren Umgestaltung vernichtet werden kann.

Die Ernennung eines Duzend neuer Herrenhausmitglieder hat die Liberalen in große Aufregung versetzt, weil sich unter den Ernannten kein einziger Deutschliberaler befindet. Daß aber die konservative Regierung nicht selbst die Reihen ihrer Gegner verstärken und dadurch ihren eigenen Sturz vorbereiten wird, ist so selbstverständlich, daß man sich nicht genug über die lächerliche Wut der liberalen Pressorgane wundern kann, die sich geben, als wenn die Regierung schon wieder einen Verfassungsbruch begangen hätte. Als die liberale Regierung Herrenhausmitglieder ernannte, waren ausschließlich „Liberaler“ die Auserwählten und es ist natürlich, daß eine gegnerische Regierung von ihrem Standpunkte aus dasselbe tut.

Ebenso machen die Liberalen ein furchtbares Geschrei über die plötzliche Entlassung der Minister Kremer und Streit, an denen sie doch, solange sie im Ministerium saßen, kein gutes Haar ließen. Seitdem die beiden Herren aus dem Ministerium Laaffe ausgetreten sind, sind sie auf einmal „gewissenhafte“ Beamte geworden, die als Opfer österreichischer Gesinnung gefallen sind. Wir gestehen offen unsere Unkenntnis der Ursachen zur Demission der beiden Minister ein, und sehen sogar hinzu, daß wir auch gar nicht neugierig sind, sie zu erfahren, denn der Weg, auf dem heute die Regierung Oesterreichs wandelt, kennen wir und auch das Ziel ist uns nicht unbekannt. Wir haben aber keine Veranlassung uns dabei zu ekhauffiren, denn die Ereignisse gehen auch ohne uns den von der Naturnotwendigkeit vorgeschriebenen Gang.

Von dem neuen Handelsminister Pino weiß man bloß, daß er ein ebenso eifriger Diener deutschliberaler als föderalistischer Regierungen war und von seinem

gegenwärtigen Sache dürfte er wol mindestens ebenso viel verstehen, als der ehemalige liberale Handelsminister Chlumetzky, der bei seinem Amtsantritte aufrichtig gestand, daß er sich über sein Fach erst informiren müsse. Das Justizministerium wird vorläufig von dem bekannten Vertreter der Tschechen im Ministerium, Dr. Praza, provisorisch geleitet.

Die Bauernbewegung ist noch immer im Fortschreiten begriffen. In Langenlois, Niederösterreich, tagte unter dem Vorfige des Reichsratsabgeordneten Fürnkranz am 6. Jänner, eine von über tausend Bauern besuchte Versammlung, in welcher R. v. Schönere unter stürmischem Beifalle über die Grundsteuerregulirung und über das allgemeine Wahlrecht sprach. Es wurden drei Resolutionen angenommen, welche einen Protest gegen die Ueberlastung Niederösterreichs durch die Beschlüsse der Grundsteuer-Zentralkommission, der Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes mit Abschaffung des Gruppensystems und die Gleichstellung der Verzehrungssteuer in Stadt und Land aussprachen.

Am 10. Jänner fand in Linz der oberösterreichische Bauerntag statt, der von etwa 5000 Bauern besucht war. Auch von Steiermark war eine Bauerndeputation unter Führung des Abg. Bosch anwesend. Von den Beschlüssen heben wir hervor eine Resolution gegen die Grundsteuerüberlastung, die Gründung eines Bauernvereins mit Ausschluß der Advokaten, Geistlichen und Adeligen und Reform der Waldordnung durch Einführung direkter Wälen in den Landgemeinden, Herabsetzung des Jensus auf fünf Gulden, geheime Abstimmung, Vermehrung der ländlichen Abgeordneten und Verkürzung der Mandatsdauer der Abgeordneten auf drei, eventuell vier Jahre. Die Haltung des Bauerntages bewies, daß die Bauern sich weder von den Klerikalen, noch von den Liberalen wollen gängeln lassen, sondern sich auf eigene Füße stellen.

R. v. Schönere hat im eigenen und im Namen zahlreicher Gesinnungsgenossen an die „deutschen Stammesgenossen“ ein Zirkular gerichtet, in welchem er zur Gründung eines nationalen Vereines auffordert, um dadurch „die Bildung einer stammes nationalen Partei auf freiheitlicher und volkstümlicher Grundlage zu ermöglichen“. Als Ziele dieser Partei werden in dem Zirkulare bezeichnet: „der Kampf gegen die Ausbeutung der edelsten Volkskräfte zum Vortheile Weniger und gegen eine verwerfliche Klassenherrschaft, gegen Opportunismus, Scheinkonstitutionalismus, Protektions- und Koterienwesen, gegen Nepotismus und Servilismus“, eine „immer fortschreitende Erweiterung des Wahlrechtes“ — die Erklärung der deutschen Sprache als Staatssprache und die „Schaffung eines Nationalitätengesetzes, welches vor allem bestimmt, daß die deutsche Sprache in allen mittleren und höheren Lehranstalten Oesterreichs als obligater Gegenstand gelehrt werden solle, und daß neben der Staatssprache nur die in dem jeweiligen politischen Bezirke übliche Sprache ein geistliches Recht auf Berücksichtigung besitze“ — Personalunion mit Ungarn und eine Sonderstellung Galiziens ähnlich dem Verhältnisse Kroaziens zu Ungarn — die Bundesgenossenschaft mit dem deutschen Reiche und die Herstellung eines organisch-staatsrechtlichen Verhältnisses mit Deutschland, sowie einer, die beiden Reiche umfassenden Zollvereinigung — Schaffung freier Vereins- und Versammlungsgeetze, freies Koalitionsrecht, unbedingte Pressfreiheit, Abschaffung der Stempelpflicht, des objektiven Verfahrens und der Kauzionspflicht in Presssachen, Freigebung der Kolportage, Verstaatlichung des Injurierechts — Einführung der obligatorischen Zivildienst, Aufhebung gemeinschaftlicher geistlicher Orden — Trennung der Schule von der Kirche — Erweiterung des Wirkungskreises der Gewerbevereine — Wirtschaftskammern mit getrennten Sektionen für Gewerbe, für Forst- und Landwirtschaft, für den Handel und die Interessen der Arbeiter und ein Volkswirtschaftsrat der aus Sachverständigen aus den beteiligten Kreisen gebildet ist und dem die Gesetzentwürfe und Vorordnungen wirtschaftlichen Inhaltes zur Begutachtung vorgelegt werden müssen — eine sorgfältige Arbeiter- und Gewerbestatistik, auf deren Basis eine gründliche Reform der Gewerbeordnung und der Fabrikgesetze — unter anderem ein der Gerechtigkeit entsprechendes Haftpflichtgesetz — aufgebaut werden soll — bei Einführung einer progressiven Einkommensteuer höhere Sätze für das Renteneinkommen und niedrigere Sätze für das Arbeitseinkommen — Reform der Erbsteuer zu Gunsten der Armenversorgung — Einführung von Luxussteuern und einer Wörzenumjagsteuer — Verstaatlichung der Eisenbahnen — rasche und billige Justiz — Errichtung von Straffolonien zur Unterbringung und Beschäftigung gemeinschaftlicher Individuen. Am Schlusse des Zirkulars heißt es: „Wir wollen für das Zusammengehen mit den anderen Nationalitäten des Reiches auf dem Boden der Verfassung zur Erreichung freiheitlicher und wirtschaftlicher Ziele einstehen.“

Der Bund, den wir gründen wollen, soll die Bildung einer nationalen Partei auf volkstümlicher Grundlage vorbereiten, einer unabhängigen Partei der reinen Hände und des ehrlich und deutsch fühlenden Herzens, weshalb wir von Anfang an alle kosmopolitischen und ebenso alle unzuverlässigen Elemente von uns ferne halten werden.“

Da die Herrn Schönere und Genossen alle jene, die ihnen in Fortschritts- und Freiheitsfragen ihre Unterstützung leihen würden, durch so starke Betonung ihres beschränkten Nationalitätenstandpunktes von sich abwendig machen, die Zöl derjenigen aber, die in Oesterreich für das „Deutschtum“ einen ernstlichen Kampf einzugehen

Willens wären, eine verschwindend kleine ist, dürften durch diese neueste Parteigründung gerade keine besonders imponirenden Resultate erzielt werden.

Im Wiener Gemeinderate stellte Gemeinderat Bacher den Antrag auf Errichtung einer Altersversicherungskasse durch die Gemeinde. — Infolge eines von der Gemischtschulischen Untersuchungsstation des Zentralvereines für öffentliche Gesundheitspflege in Wien herausgegebenen Berichtes, durch den konstatiert wurde, daß die Mehrzahl der in Wien zum Verkauf gelangenden Lebensmittel gefälscht sind, wurde vom Gemeinderat Staudinger der Antrag auf Errichtung eines öffentlichen Gesundheitsamtes gestellt.

Wenn man den Einfluß des Großgrundbesitzes in Böhmen kennen lernen will, muß man die Besitzverhältnisse studiren, welche die ökonomische Grundlage für die soziale und politische Macht des Großgrundbesitzes bilden. Die größten Grundbesitzer Böhmens sind gegenwärtig: Fürst Johann Adolf Schwarzenberg mit 312.658 Joch, Fürst Josef Colloredo-Mannsfeld mit 99.145, der regierende Fürst Liechtenstein mit 67.668, Fürst Egon Max Fürstenberg mit 66.150, Graf Eduard Clam-Gallas mit 54.776, Graf Ernst Waldstein mit 35.959 und Graf Jaromir Czernin mit 33.623 Joch. In der Monopolisirung von Grund und Boden gehen, wie man aus dieser Liste ersieht, Liberale und Feudale Hand in Hand.

In Mähren sind, wie jetzt auch liberale Blätter zugeben, die Arbeitslöhne zu wahren Hungerlöhnen geworden. So verdienen Weber in Bezirke Trübau wöchentlich 1 $\frac{1}{2}$ —2 fl. In den Zuderfabriken ist die Entlohnung ebenfalls kärglich. Die Bergleute in Kossitz und Ostawan sind froh, wenn sie in 14 Tagen 8 fl. verdienen. Viele von Letzteren haben bereits die Gegend verlassen und sind nach Fünfkirchen ausgewandert.

Anfangs Jänner wurden in Krakau zahlreiche sozialistische Flugschriften verbreitet, die auch an die Gemeindevorstände in Galizien in Ruveris versandt wurden.

Am 18. Jänner und an den folgenden Tagen wurden in Wien und in den Vororten zahlreiche sozialistische Flugschriften mit der Ueberschrift: „An die Arbeiter Oesterreichs“ verbreitet; auch wurden an die Passanten Rüsse verteilt, in denen dieselbe Flugschrift, auf den kleinsten Raum zusammengedrückt, enthalten war. Eine solche Maß wurde auch der Redaktion der „N. Fr. Pr.“ zugestelt. Dieselbe Flugschrift wurde am 20. in zahllosen Exemplaren in Steyr verbreitet, teils in öffentlichen Lokalen verstreut, teils an Passanten auf der Straße ausgegeben.

Bismarck's lang erwartetes Arbeiterversicherungsgesetz oder wie der offizielle Titel lautet: „Das Gesetz, betreffend die Versicherung der in Bergwerken, Fabriken und anderen Betrieben beschäftigten Arbeiter gegen die Folgen der beim Betriebe sich ereignenden Unfälle“, ist dem Bundesrate vorgelegt worden. Dem 47. Paragraphen enthaltenen Gesetzentwürfe sind 38 Seiten Worte und ein Gutachten des Dr. Schym in Leipzig beigegeben. Die Hauptbestimmungen sind: Alle in Bergwerken, Salinen, Brüchen, Gruben, Wersten, Fabriken u. dergleichen Arbeiter mit einem Einkommen von nicht über 2000 Mark sollen bei der zu errichtenden und staatlich verwaltenden Reichsversicherungsanstalt gegen Folgen von Unfällen laut Maßgabe dieses Gesetzes versichert werden. Tarife und Versicherungsbedingungen stellt der Bundesrat fest. Die Tarife sind alle fünf Jahre zu revidiren. Der Schadenersatz beträgt a) bei völliger Erwerbsunfähigkeit für deren Dauer 66 $\frac{2}{3}$ Prozent des Arbeitsverdienstes; b) bei teilweiser Erwerbsunfähigkeit nicht unter 25 und nicht über 50 Prozent des Verdienstes. Bei Tödtung wird als Beerdigungskostenjah ein Jahresverdienst von 11 Prozent; bei nach vier Wochen erfolgtem Tode werden die Heilkosten und eine weitere Unterstützung von 66 $\frac{2}{3}$ des bisherigen Verdienstes gewährt. Die Prämienjahre sind nach Gefahrenklassen in Prozenten der gezahlten Löhne und Gehalte zu berechnen. Die Versicherungsprämie ist aufzubringen 1. für Arbeiter mit weniger als 750 Mark jährlichen Lohnes zu zwei Dritteln von dem Arbeitgeber und zu einem Drittel von dem Betriebs-Landarmenbezirke; 2. für Versicherte mit mehr als 750 Mark Jahresverdienst zur Hälfte vom Arbeitgeber, zur Hälfte vom Versicherten. Die Arbeitgeber haben die Beiträge der Arbeiter zu entrichten und können diese gegen Entschädigung in die Rechnungen der Arbeiter vom Lohne abziehen. Die Entschädigungssumme kann kapitalisirt werden. Bei schuldvollen Unfällen haftet der schuldige Unternehmer oder dessen Vertreter der Reichsversicherungsanstalt. Forderungen Entschädigungsberechtigter sind unübertragbar und der Pfändung nicht unterworfen. Es ist im Gesetzentwürfe vorbehalten, die Reichsversicherungsanstalt eventuell auch auf freiwillige Lebensversicherung auszudehnen.

Am 11. Jänner fand in Berlin eine von mehr als 3000 Arbeitern besuchte Versammlung statt, welche eine gegen die antisemitische Bewegung gerichtete Resolution mit großer Mehrheit annahm.

In Serbien haben bei den letzten Wälen in die Skupstina die Sozialisten bedeutende Erfolge errungen. Wir haben schon in der letzten Nummer mitgeteilt, daß die gegenwärtige serbische Regierung fortschrittliche Reformen besonders auf dem Gebiete der Pressegesetzgebung und zum Schutze der persönlichen Freiheit beabsichtigt. Dieselben werden jedenfalls dazu dienen, den sozialistischen Ideen noch schneller Geltung zu verschaffen: Genosse Pažić hat ein neues Organ „Samospráva“ (Die Selbstverwaltung) gegründet.

Blanqui's Leichenbegängnis, das in Paris am 5. Jänner stattfand, war eine imposante Kundgebung des französischen Proletariats. Bei 100.000 Leidtragende begleiteten den Sarg, zahlreiche Deputationen, Telegramme, Beileidschreiben und Immortellenkränze waren aus allen Gegenden Frankreichs eingetroffen. Unter den Grabrednern fand Louise Michel den größten Beifall. — Am 10. Jänner kamen in Paris die letzten Amnestirten aus Neukaledonien an, die festlich empfangen wurden. — Die Gemeindevälen in Frankreich sind zu Gunsten der gemäßigten Republikaner und Anhänger Gambetta's ausgefallen. — Am 10. Jänner ist Albert Theys, der unter der Kommune Postdirektor war, gestorben; auch sein Begräbniß fand unter großer Teilnahme der Pariser Arbeiter statt.

In Romagna und Neapel will die Polizei einer weitverzweigten sozialistischen Verschwörung auf die Spur gekommen sein; in Neapel allein wurden ungefähr 30 Personen verhaftet.

Während die Verhandlung gegen die Führer der irischen Landliga in Dublin nur sehr langsam fortschreitet, greift die Bewegung selbst immer weiter, um sich und die fenischen Elemente, die auch die politische Unabhängigkeit Irlands anstreben, gewinnen immer mehr Einfluß. — Am 8. Jänner wurde in London der Versuch gemacht, das Hauptzollamtsgelände in Brand zu stecken; das Feuer wurde noch so rechtzeitig entdeckt, daß die Ausbreitung desselben verhindert werden konnte. Hier sowie in anderen Fällen vermutet man mit Grund, daß die Fenier die Brandstifter waren. — In der Grafschaft Lancaster haben die Kolnarbeiter, 50.000 an der Zahl, die Arbeit eingestellt; in Wigan und Umgebung fanden Zusammenstöße zwischen den Streikenden und den die Arbeit fortsetzenden Bergarbeitern statt, die Polizei intervenirte, mußte sich aber zurückziehen.

Am 16. Jänner wurden in Kiew zwei Männer und zwei Frauen verhaftet, welche beschuldigt sind, einer geheimen Gesellschaft anzugehören. Bei der Hausdurchsuchung wurden Waffen, eine geheime Druckerei, revolutionäre Broschüren und eine in Form eines Urtheiles abgefaßte Proklamazion über die Ermordung eines Beamten in Kiew vorgefunden. Die Ausführung der Tat wurde durch vorzeitige Entdeckung verhindert.

In Petersburg wurden am 8. Jänner nach Schluß der Vorstellung in der italienischen Oper zwei Personen verhaftet, bei welchen man Exemplare von revolutionären Blättern und verschiedene politische Korrespondenzen vorfand. — Der russische Finanzminister Abaza hat den Mut gefunden, in einem an den Kaiser gerichteten Finanzberichte die Verringerung des Heeres als eine unumgänglich notwendige Maßregel zu erklären. Es wird natürlich ein vergeblicher Mahnruf bleiben, aber ein charakteristisches Zeichen der Zeit ist es, wenn im absoluten Rußland eine derartige Forderung vom Finanzminister ausgesprochen wird. Wann werden wir solches erleben?

Zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und China ist ein Vertrag abgeschlossen worden, durch welchen bestimmt wird, daß die Regierung der Union das Recht habe, die Zahl der chinesischen Arbeiter und deren Aufenthaltberechtigung durch Gesetz zu beschränken.

Aus Parteikreisen.

Endlich, fünf Monate nachdem die ersten Genossen wegen Verdachts, revolutionäre Flugschriften verbreitet zu haben, verhaftet wurden, erfahren wir, daß am 8., 9. und 10. Februar die Schlußverhandlung gegen alle diese Verbrechens Angeklagten vor dem Schwurgerichtshofe Wien stattfinden soll. Die Anklage gegen die Genossen: Walecka, Mlog, Steiner, Hohe, Temke, Friedrich, Berndt, Führer, Sommer, Slesak, Troja, Formanek, Pfeil, Hovestadt, Pudliner, Strnad, Kreicz, Mühl, Lauser, Treibenreif und gegen den Tischlermeister Netuschil lautet auf Hochverrat, Majestätsbeleidigung, Störung der öffentlichen Ruhe und Aufwiegelung gegen Staats- und Gemeindebehörden. Die Anklageschrift wurde den betreffenden Angeklagten mündlich publizirt, die auf freien Fuß befindlichen zur Empfangnahme der Publikazion einzeln vorgeladen und wurde hiebei gegen Steiner im Sinne des §. 180 Abj. 2 St.-P.-O. die ordentliche Untersuchungshaft verhängt, da jede Anklage wegen eines Verbrechens, worauf als mindestes Strafmaß zehn Jahre schweren Kerker's gesetzt sind, die Verhaftung nach dem Gesetze unbeding't nach sich zieht. Steiner hatte, als er die Vorladung in's Landesgericht erhielt, keine Ahnung, daß man ihn neuerdings in Haft behalten werde, traf also bezüglich seines Geschäftes (er ist bekanntlich Drechslermeister) keinerlei Verfügung und konnte seine Frau, die über sein langes Ausbleiben in Angst war, erst aus dem Gefängnis über seinen Verbleib verständigen. So viel wir bei unsrem beschränkten Laienverstande von der Sache begreifen, hätte sich der Nachstabe des Gesetzes wol in etwas rückwärtsvoller Weise ausführen lassen müssen, da ja Steiner durchaus nicht fluchtverdächtig war und auch zum neuerlichen Haftantritte erschienen wäre, wenn man ihm 24 Stunden Zeit gelassen hätte seine Geschäftsangelegenheiten zu ordnen und sich dadurch vor materiellem Schaden zu bewahren. Rücksichten auf Herzens- und Familienangelegenheiten zu verlangen, haben wir uns ohnedies schon längst abgewöhnt. — Auffallend ist es uns, daß einzelnen Genossen das Privatversprechen abgenommen wurde über die Publikazion der Anklageschrift noch zu schweigen. Wir suchten vergebens eine Stelle im Strafprozeßrechte, die die Abnahme eines derartigen Versprechens rechtfertigte.

Wien. In der am 13. Jänner unter dem Vorsitz des L. G. R. Verleih durchgeführten Verhandlung über den Einspruch gegen die Konfiskation der Nr. 28 der „Zukunft“ wegen des Leitartikels „Zur antisemitischen Bewegung“ — erkannte das Br. Landesgericht auf Antrag des Staatsanwaltes Graf Lamezan auf Abweisung des Einspruches. In den Gründen heißt es, daß die „Zukunft“ die antisemitische Bewegung in das Bereich der Besprechung gezogen habe, um bei dieser Gelegenheit für die eigenen Zwecke agitatorisch aufzutreten. Das geht aus dem Schlusse des Artikels deutlich hervor, wo zum Hass wider gewisse Einrichtungen und Stände aufgereizt werde. Gegenüber dem Einwurf des Verteidigers Dr. Glaser, Pfaffenstand sei die Bezeichnung für die Auswüchse des reinen Priesterstandes, es gäbe keinen Stand des Pfaffenstandes in der vom Staatsanwalt dargestellten Weise, heißt es in den Gründen des Erkenntnisses: Pfaffenstand sei ein Schmähwort der Priesterklasse im Allgemeinen. Wenn auch der Artikel sich in ein historisches Gewand kleidet, so sei doch aus der Tendenz des Blattes als sozialdemokratischen die Absicht, daß gegen gewisse Einrichtungen und Stände zu erregen, ersichtlich.

In der am 17. d. M. unter Vorsitz des Grafen Edmund Hartig abgehaltenen ersten Sitzung des Reichsgerichtes in seiner diesjährigen ersten Quartalsession gelangte die Beschwerde der Genossen Johann Perz und Franz Loh gegen ihre Ausweisung aus Innsbruck zur Verhandlung. Beide Genossen wurden im August v. J. von dem Landesgerichte Innsbruck wegen Verbreitung verbotener sozialistischer Druckschriften, beziehungsweise wegen Vergehens im Sinne des §. 24 des Preßgesetzes vom Jahre 1862 mit Rücksicht darauf, daß die im Gesetze diesfalls vorgesehene Geldstrafe bei ihnen uneinbringlich wäre, zu einer zehntägigen Arreststrafe verurteilt und nach Abbüßung derselben durch Erkenntnis des Stadtmagistrates Innsbruck, bestätigt durch die Rekurs-erledigung der Tiroler Statthalterei auf Grund des Gesetzes vom 27. Juli 1867 (Schubgesetz), als „aus der Haft tretende Sträflinge“ aus dem Innsbrucker Stadtgebiete polizeilich abgeschafft. Gegen diese Maßregel richtet sich die beim Reichsgerichte erhobene, von Dr. S. W. Eppinger vertretene Beschwerde. In derselben wird im Wesentlichen ausgeführt, daß die polizeiliche Abziehung nach dem Gesetze nur solche aus der Haft tretende Sträflinge und Zwänglinge treffen dürfe, welche die Sicherheit der Person oder des Eigentums gefährden, die Gesetze jedoch, welche bloß ein politisches Vergehen abgebußt, unmöglich in die Kategorie der unter das Schubgesetz fallenden Verbrecher gereicht werden können; daß dies eine ganz außerordentliche Strafverschärfung der nur ersatzweise diktierten Arreststrafe wäre, von welcher sowie von deren Folgen sie doch bei Ertrag der sie gesetzlich treffenden Geldstrafe befreit gewesen wären. Auch können sie darnach, weil sie sich zu sozialistischen Grundrissen bekennen, doch keineswegs als für die Sicherheit der Person oder des Eigentums gefährlich angesehen werden. Die Beschwerdeführer bitten sonach, das Reichsgericht wolle erkennen, durch die verfügte Ausweisung aus dem Innsbrucker Stadtgebiete sei das durch das Staatsgrundgesetz den österreichischen Staatsbürgern gewährleistete Freizügigkeits- und Niederlassungsrecht verletzt worden. In Vertretung der Statthalterei betont dagegen Ministerialrat Dr. R. v. Grosser, daß die Gesetze, als Obmänner der Arbeiter-Fachschulen ihrer Gewerbe in der Lage waren, „gefährliche“ sozialistische Tendenzen unter den Arbeitern zu propagieren, daß die infulpirten Druckschriften das Programm der polnischen Sozialisten enthielten, welches in seinen letzten Konsequenzen allerdings die Sicherheit des Eigentums gefährde, daß es nicht angehe, die Administrativbehörden in den Maßnahmen, die sie zum Schutze der öffentlichen Interessen für geboten erachten, zu beschränken, und daß die Behörde im Rechte gewesen sei, hier die rigorosste Auffassung des Gesetzes platzgreifen zu lassen. Die Beschwerde sei sonach abzuweisen.

Am 17. d. wurde das Erkenntnis in diesem Prozesse publiziert. Dasselbe geht dahin: Durch die identischen Entscheidungen des Stadtmagistrates von Innsbruck und der Statthalterei für Tirol und Vorarlberg, durch welche die Beschwerdeführer aus dem Stadtgebiete Innsbruck abgeschafft wurden, hat eine Verletzung des Staatsgrundgesetzes insofern stattgefunden, als dadurch im Art. 6 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867 den Beschwerdeführern gewährleistetes Recht, an jedem Orte des Staatsgebietes Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, beeinträchtigt erscheint. Motiviert wird dieses Erkenntnis unter Adopirung der Ausführungen des Beschwerdevertreters Dr. S. W. Eppinger wesentlich in Folgendem: Wenn die Gesetze, §§. 1, Lit. a und 2, als „aus der Haft tretende Sträflinge“ bezeichnet werden, so ist dies wol in sprachlichem Sinne richtig, unrichtig aber in der Gesetzesanwendung. Denn nachdem die den Angeklagten wegen eines politischen Vergehens zukommende Geldstrafe in Berücksichtigung ihrer Erwerbverhältnisse und unter Anwendung des §. 260, Lit. a St.-G., in Arreststrafe umgewandelt wurde, so sei diese nur als ein *equivalent* anzusehen und dürfe da keine Verschärfung erfahren, wo die ursprüngliche Strafe ohne Folgen gewesen wäre. Wenn weiters zur Rechtfertigung der verfügten Ausweisung behauptet wird, daß die Ausgewiesenen, indem sie sich zu sozialdemokratischen Prinzipien bekennen, als für die Sicherheit des Eigentums gefährlich angesehen werden müssen, so ist dies gleichfalls nicht stichhaltig. Denn selbst wenn angenommen werde, daß die sozialistischen Theorien in ihren Konsequenzen die Sicherheit des Eigentums bedrohen, so liege doch hier ein tatsächlicher Angriff auf

fremdes Eigentum seitens der Beschwerdeführer nicht vor, und ein solcher müßte vorliegen, um dieselben im Besitze des Straf- und Schubgesetzes als für die Sicherheit des Eigentums gefährlich erscheinen zu lassen.

Genosse Zinner wurde am 23. v. M. von einem Erkenntnisenate wegen Vergehens gegen §. 24 des St.-G. zu einer Geldstrafe von 15 fl., eventuell 3 Tagen Arrest verurteilt.

Am 5. Februar d. J., vormittags 10 Uhr findet vor einem hiesigen Erkenntnisenate die Einspruchsverhandlung gegen die Rekurskonfiskation statt. Als Vertreter wird Dr. Glaser fungieren.

Wie uns berichtet wird, soll ein Rollenhändler den 14. d. M. in Gaudenzdorf, Jakobstraße, im Gasthause zur „Diana“, ein revolutionäres Flugblatt, welches er angeblich auf der Gasse gefunden hat, einem Gaste lesen lassen, da er selbst des Lesens nicht mächtig und wahrscheinlich wissen wollte, was dies für ein Papier sei. Freitag Morgens als er mit seinem Wagen und seinem Hunde sich anschiebt an's Geschäft zu gehen, kamen zwei Polizeiagenten auf ihn zu und ersuchten ihn, auf das Polizeikommissariat wegen einer Auskunft zu kommen. Dort angelangt, wurde er verhaftet und nach einer kurzen Zeit auch seine Wohnung durchsucht. Wie man bei der Hausdurchsuchung vorging, haben wir noch nicht erfahren, aber so viel steht fest, daß die Frau des Verhafteten vor Schrecken abnorm geboren hat. Der Verhaftete soll Franz Pfeifer heißen.

Am 23. Dezember 1880 starb im Sechshäuser Spital Genosse J. Villni, Mitglied des Vereines der Stularbeiter Wiens, an der Lungen tuberkulose. Er war ein treuer und opferwilliger Freund der Arbeitersache. Ehre seinem Andenken!

Wien. (Die Arbeiterfreundlichkeit eines Arbeitgebers?) Der Eigentümer der Rotgärerei und Lederfabrik, Hermann Gerhards, 5. Bez., Hundsturmstraße 72, reduzierte die Arbeitszeit in seinem Etablissement von 10 auf 8 Stunden pro Tag, also um ein Fünftel, ohne aber seinen Arbeitern vorher von einer Lohnreduktion etwas zu sagen, zählte er ihnen nur drei Viertel der bisherigen Löhne aus.

Auf diese Weise streicht der humane Chef ein hübsches Sümmchen allwöchentlich in seine Tasche. (Dies ist vom kapitalistischen Standpunkte aus gesprochen, die Prämie für das Fabrikantenrisiko. Die Red.) Kollegen! Seht wie unsere Verhältnisse immer trauriger sich gestalten, Alles wird auf die Arbeiter abgewälzt und soll dies immer so fortbauern? Kollegen! Nur Einigkeit macht stark! Faßt an! Ihr Männer der Arbeit, vereinigt Euch zu einem Bruderverbände unter dem Motto: „Alle für einen, einer für Alle“, dann kann so etwas nimmermehr geschehen.

Mehrere Gärber von Sechshaus.

Wien. Sonntag den 2. Jänner fand in Obermeier's Saallokaltäten eine freie Versammlung sämtlicher Drechsler Wiens mit der Tagesordnung: 1. Referat des Gehilfen-Ausschusses. 2. Zweck und Nutzen der Vereine. 3. Anträge und Interpellationen statt.

Nachdem Herr Wees als Referent über die achtmonatliche Tätigkeit des Gehilfen-Ausschusses berichtet hat, wurde derselbe von Herrn Schulz interpelliert, inwiefern den in der vorjährigen Resolution aufgestellten Forderungen der Drechslergehilfen Rechnung getragen wurde, worauf Herr Referent erwiderte, daß die aufgestellten Forderungen bisher unerfüllbar gewesen seien. Nachdem noch mehrere Redner gesprochen hatten, wurde der von Schulz gestellte Antrag:

„Die heutige freie Drechslerversammlung spricht das lebhafteste Bedauern darüber aus, daß es dem Gehilfen-Ausschusse nicht gelang, die in der vorjährigen Versammlung aufgestellten, in einer Resolution enthaltenen Forderungen zur Realisierung zu bringen; anerkennt jedoch im Allgemeinen das Streben des Ausschusses und nimmt den Bericht unter Aufrechterhaltung der in der vorjährigen Resolution ausgesprochenen Forderungen zur Kenntnis;“ von der Versammlung einstimmig angenommen.

Den zweiten Punkt besprach ebenfalls Herr Schulz. Derselbe schilderte die immer mehr und mehr um sich greifende Not der Arbeiter und führt aus, daß die so massenhaft vorkommenden Diebstähle und Selbstmorde, sowie auch die moralische Verkommenheit der Kinder nur den schlechten Arbeitslöhnen zuzuschreiben sind, da es nicht möglich ist, daß eine Arbeiterfamilie von einem Lohn, welcher sich durchschnittlich per Woche nur auf 7 fl. beläuft — all die notwendigsten Bedürfnisse, welche zu einem halbwegs menschlichen Leben unumgänglich nötig sind, bestreiten kann und es ist daher die Frau des Arbeiters gezwungen, selbst arbeiten zu gehen und ihre Kinder dem moralischen und sittlichen Verkommen preiszugeben. Redner behauptet, daß die Lohnfrage die Existenzfrage der Arbeiter bildet, und daß die Lohnfrage nur dann günstig für die Drechsler gelöst werden könne, wenn sich dieselben vereinigen und hierdurch eine Macht erringen, mit welcher die Arbeitgeber zu rechnen gezwungen werden. Zum Schlusse fordert Herr Schulz zum Beitritt in den bestehenden Drechslerverein auf und bemerkte, daß diejenigen Arbeiter, welche in ihren Werkstätten einen besonderen Einfluß besitzen, diesen Einfluß nicht zur Unterdrückung ihrer Arbeitskollegen, sondern zur Kräftigung und Vergrößerung des Vereines verwenden sollen. (Beifall und Bravorufe.)

Vorsitzender, Herr Wolfrum, ermahnt die Anwesenden, ihren Beifallsbezeugungen auch die ernste Tat folgen zu lassen und erklärte die Versammlung für geschlossen. Karl Drescher, Schriftführer.

Graz. Eine vom Ersten steierm. Arbeiterbunde für den 17. d. M. einberufene Volksversammlung mit der Tagesordnung: 1. das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, Besprechung und Beschlußfassung einer Zustimmungserklärung zu der vom Abg. R. v. Schönerer im Abgeordnetenhaus beantragten Abänderung der Reichsratswahlordnung, 2. die gegenwärtige Bauernbewegung und die Stellung der Arbeiter ihr gegenüber — wurde von der hiesigen Polizeidirektion auf Grund des §. 6 des Versammlungsgesetzes verboten. Der steiermärkische Arbeiterbund hat dagegen den Refus an die Statthalterei ergriffen.

Steier. Zwei Volksversammlungen, von denen die eine auf den 8. hier, die andere auf den 9. d. M. in Salzburg einberufen war, wurden auf Grund des §. 6 verboten. Auf der Tagesordnung stand: 1. das allgemeine Wahlrecht, 2. die Nationalitätenfrage, das Parlament und die Arbeiter.

Aus dem Vereinsleben.

Wien. Sonntag den 12. Dezember 1880 fand die ganzjährige Generalversammlung des Vereines Union der Wiener Metallarbeiter statt. Obmann Gröbl eröffnete dieselbe, begrüßte die Anwesenden und gibt folgende Tagesordnung bekannt: 1. Geschäftsbericht. 2. Bericht der Revisoren, respektive Erteilung des Absolutiums. 3. Val des Ausschusses. 4. Anträge. — Einschreibebefehlungen referiert, daß in diesem Jahre dem Vereine 206 Mitglieder beigetreten sind. Mitgliederstand 224. — Referat der Finanzsektion für die Fortbildungsasse: Einnahmen 247 fl. 28 kr., Ausgaben 236 fl. 79 kr., bleibt Saldo 10 fl. 49 kr., an Debitoren 18 fl., in der ersten österreichischen Sparkasse 13 fl. 2 kr., Gesamtvermögen der Fortbildungsasse 46 fl. 51 kr.; für die Unterbildungsasse: Einnahmen 441 fl. 66 kr., Ausgaben 406 fl. 63 kr., bleibt Saldo 35 fl. 3 kr., in der ersten österreichischen Sparkasse 520 fl., somit der Gesamtvermögenstand der Unterbildungsasse 555 fl. 3 kr. — Arbeitsvermittlung referiert, daß sie aus 7 Mann bestanden, der Dienst richtig geführt und 13 Mitgliedern Arbeit vermittelt wurde. — Lohnkontrolle referiert, daß dieses halbe Jahr 53 Besuche eingelaufen, welche auch öffentlich bekannt gegeben und einzelne Uebelstände von der Behörde beseitigt wurden. — Gefängnisreferat daß sich dieselbe am 4. November konstituiert und gegenwärtig aus 37 Mitglieder besteht. Der Gefängnisunterricht findet jeden Sonntag nachmittags von 2—3 Uhr, die Gefängnisübung von 3—5 Uhr in der Zentrale des Vereines statt. — Bibliotheksreferat über die in der Bibliothek enthaltenen und entliehenen Bücher. — Wirtschaftsektion referiert über 26 fl. 10 kr. Ausgaben, bringt das Inventar des Vereines zur Kenntnis, welches einen Wert von 418 fl. 20 kr. repräsentiert. — Unterrichtsektion referiert über die stattgefundenen Unterrieche und gibt bekannt, daß demnächst ein Zeichen-, Elementar- und Buchhaltungskurs eingeführt wird. Kontrollsektion referiert nach Verteilung der Präsenzliste, daß Alles kontrolliert und für richtig befunden wurde. — Das Revisionskomitee erklärt, Alles revidiert und für richtig befunden zu haben und beantragt, die Verammlung möge dem stehenden Ausschusse das Absolutium erteilen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. — Die Val ergab folgendes Resultat: Wilhelm Gröbl, Obmann, Winter Karl, erster, Luch, zweiter Obmann-Stellvertreter, Churan, erster, Puzker, zweiter Schriftführer, Jelašič, Rechnungsführer, Hanalanum, Kassier, Ausschüsse: Schreiber, Nischmann, Frischauf, Waga, Fischer, Betsch, Kuber, Lorenz, Kunitzschel und Söng. — Nach Annahme mehrerer Anträge spricht der Obmann in seinem, sowie im Namen des neugewählten Ausschusses für das ihnen geschenkte Vertrauen seinen Dank aus und schließt die Versammlung.

John Winiß, Schriftführer.

Wien. Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Invalidenklasse. Monatsbericht pro Dezember 1880. Saldo und Gesamteinnahmen fl. 15226 93, Gesamtausgaben fl. 13165 56, Saldo pro Jänner 1881 fl. 2061 37; die von den Fabrikanten, Einschreibe- und Vororten an die Kasse abgelieferten Beträge belaufen sich auf fl. 11401 69; der Vermögensstand der Krankenkasse hat sich um fl. 1233 66 vermehrt, der der Invalidenklasse um fl. 2416 vermindert und beträgt der Gesamtvermögenstand der Krankenkasse Ende Dezember 1880 fl. 45662 23, der der Invalidenklasse fl. 35043 07. — Für Herrn Jauernik, welcher wegen Nichtbeteiligung an den Sitzungen laut §. 19 der Statuten vom Ausschusse als ausgetreten zu betrachten ist, rückt Herr G. Brehm vom Erlaß in den Zentralauschuss vor. — Der Vereinsrat, Herr Dr. Adolf Schwegl, überreicht vom Februartermin 1881 auf die Hernals Hauptstraße 46. — Die Mitglieder erhalten im Margarethen-Bade im fünften, im Giselabade im zehnten, im Leopoldsb. und Kaiserbade im zweiten Bezirke, im Pannischen Mineralbade in Meidling, in Beschleba's Bollenbad in Hernals und in der Floridsdorfer Badeanstalt bedeutende Preisermäßigungen. Die diesbezüglichen Badenbewilligungen sind in der Zentrale und beim Kassobureau vom 1. Jänner 1881 an per Stück um 1/2 kr. zu haben. — Die einzelnen saldenden Mitglieder werden aufmerksam gemacht, daß deren Einzahlungen nur in der Zentrale und den in jedem Mitgliedsbuche verzeichneten Einschreibe- und Vororten entgegengenommen und gleich in den Büchern abgeteuelt werden und außer diesen Einschreibern Niemand berechtigt ist, Einzahlungen in Empfang zu nehmen, da in jüngster Zeit ein Unbekannter in Eimerung einzelnen Mitgliedern unberechtigter Weise unter verschiedenen Vorwänden Beiträge herausloste. — Die Mitglieder werden ermahnt, im Extraktionsbade ihre Wälder regelmäßig in der Fabrik abstemeln zu lassen. — Der Bericht über die zehnjährige Tätigkeit, welcher vieles statistisches Material enthält, ist von nun an, so lange der Vorrat reicht, um 5 kr. per Stück zu haben. — Als Kontrollkommission des Verbandes wurde für das Jahr 1881 der Ausschuss der Kornewburger Kasse gewählt. — Die nächste öffentliche Ausschreibung findet Sonntag den 6. Februar, nachmittags 2 Uhr, in der Zentrale statt.

Wien. Sonntag den 9. Jänner hielt der slavische Verein „Slovian“ in Gaudenzdorf seine halbjährige Generalversammlung mit der Tagesordnung: 1. Berichte, 2. Wahlen, 3. Diskussion über Zweck und Nutzen der Arbeitervereine, 4. Anträge und Interpellationen, ab. — Die Berichte der Funktionäre wurden sämtlich zur Kenntnis genommen. In den Ausschuss wurden gewählt: J. Hrbes, Obmann, J. Perica, Obmann-Stellvertreter, J. Neubauer und J. Tschul, Schriftführer, Eiskofny und Smetana, Kassiere, Hofmann und Soukup, Bibliothekare; J. Tausl, J. Bourlard, J. Pollat und Kostla, Ausschussmitglieder; J. Veizidol und W. Hampl, Revisoren. An der Diskussion beteiligten sich drei Redner. Beim vierten Punkte wurden mehrere Anträge erledigt. W. Hampl, Schriftführer.

Baden. Sonntag den 12. Dezember 1880 fand eine Hauptversammlung des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereines mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht des Ausschusses, 2. Neuwahl des Ausschusses, 3. Val zweier Revisoren, 4. Anträge und Interpellationen, statt. — Der Obmann eröffnete um 3 Uhr die Versammlung, gibt die Tagesordnung bekannt und übergibt den Vorsitz an dessen Stellvertreter Dollak, nimmt zum ersten Punkt das Wort, um über das abgelaufene Vereinsjahr Bericht zu erstatten. Derselbe konnte leider nichts Entscheidendes berichten, nachdem die Mitgliederzahl eine geringe war, der Verein daher nicht prosperieren konnte; erst in Folge der Auflösung des Arbeiter-Bildungsvereines in Woslau sind dem hiesigen Verein eine größere Anzahl Arbeiter von

Arbeiterball

statt. — Näheres folgt.

Union der Wiener Metallarbeiter.

Anfangs März hält die Liebertafel des Vereines ihre erste Gründungs-Liebertafel ab. — Datum und Ort wird später bekanntgegeben.

Die Arbeitsvermittlung befindet sich 4. Bezirk, Favoritenstraße 4, Gasthaus „zum wilden Mann“. Die Vermittlung findet, statt: Montag und Samstag von 8 bis 9 Uhr abends und Sonntag von 9 bis 10 Uhr vormittags.
Leizimmer: 3. Bezirk, Marxergasse, „Sofienaal“. 2. Bezirk, ar. Pfarrg. Gasth. „A. schwarzen Elefanten“. 10. Bez., Simberggasse, Grund's Saalkalitäten. Fünftaus, Sechshausstraße, Saalkalitäten, zum alten Brauhaus. Hernals, Kirchengasse 49. Vereinsabend jeden Samstag von 8-1/2-9 Uhr.

Unterstützungs- und Fortbildungsverein der Drechsler in Wien.

Die Arbeitsvermittlung findet im Vereinslokale, 6. Bezirk, Negidiggasse 19, jeden Montag, Dienstag, Mittwoch und Samstag von 1/2-9 Uhr abends statt. — Einschreibungen an genannten Tagen.

Gewerkschaftsverein der Bäckner in Wien.

Sonntag den 30. Jänner, 1/2 3 Uhr nachmittags, im Vereinslokale, Jahresversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Neuwahl der Vereinsleitung. 3. Besprechung betreffs der Beiträge. 4. Anträge.

Die Arbeitsvermittlung findet im Vereinslokale, 7. Bezirk, Neubaugasse 55, täglich statt.

Schuhmacher-Brannkennunterstützungskasse in Wien.

Sonntag den 6. Februar 1881, 2 Uhr nachmittags, im Schleiß's Gasthaus, 6. Bez., Ecke der Stumper- und Hüggelgasse, ganzjährige Generalversammlung. — Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Bericht des Kassiers und des Revisionskomitees. 3. Ergänzungswahl des Ausschusses. 4. Anträge und Interpellationen.

Gewerkschaftsverein der Stalarbeiter und Arbeiterinnen.

Montag den 31. Jänner 1881, 7 Uhr abends, in Bod's Gasthaus, Neufünfhäuser, Michaelergasse 9, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Vereinsbericht. 2. Wahl des Ausschusses und der Revisoren. 3. Gewerbliche Rundschau. 4. Anträge und Interpellationen. — Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Die Ausschreibungen finden jeden Dienstag, um 8 Uhr abends, in der Zentrale in Bod's Gasthaus statt. — Einschreibungen finden jeden Samstag statt: In der Zentrale: Neufünfhäuser, Michaelergasse 9, in Bod's Gasthaus, im Leizimmer: Sechshaus, Faras's Gasthaus „zum weißen Adler“, Sechshaus Hauptstraße und in Doubal's Gasthaus, Sechshaus, Wehrergasse, in Meidling, Wilsbadgasse, in Schlemmin's Gasthaus.

Der Elementarunterricht, geleitet von Herrn Rogner und Herrn Dvorakel, wird von nun an im Leizimmer in Doubal's Gasthaus in Sechshaus, Wehrergasse, fortgeführt.

Allgemeiner Arbeiterverein in Wien.

Sonntag den 30. Jänner, zwei Uhr nachmittags, freie Vereinsversammlung, Montag den 31. Jänner Vortrag von Masinger in den Diana-Sälen, Gaudenzdorf, Jakobstraße, Ecke der Kobingasse.

Lokalveränderung. Das Vereinslokale des Gewerkschaftsvereines der Maurer und Steinmetze Wien's befindet sich gegenwärtig in Leop. Benninger's Gasthaus, 1. Bez., Bellariastraße 4.

Fortbildungs- und Unterstützungsverein der Musikinstrumentenmacher Wiens.

Sonntag den 13. Februar, 2 Uhr nachmittags, im Gasthause „zur Meitenbrücke“, im 6. Bezirke, ganzjährige Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Ausschusses. 2. Neuwahl des Ausschusses. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Anträge und Interpellationen.

Arbeiter-Bildungsverein in Floridsdorf.

Im Laufe des nächsten Monats wird in Holzner's Saal-Lokalitäten ein Arbeiterball abgehalten. — Näheres folgt.
Die Unterrichtsstunden gibt bekannt, daß die beiden Unterrichte wegen Lokalveränderung bis auf Weiteres sistirt werden mußten.

Erster steiermärkischer Arbeiterbund in Graz.

Montag den 31. Jänner, 8 Uhr abends, im Gasthaus „zum weißen Kreuz“, Neuweltgasse, Generalversammlung. — Tagesordnung: 1. Bericht des Bundesrates. 2. Sozialpolitische Rundschau. 3. Wahl des neuen Bundesrates.

Im Verlage von Carl Hanslitschek, Preßburg, Hochstraße, ist soeben erschienen

Die Reise in den Mond,

zweiter Teil, zwei Bogen stark. — Preis per Stück 12 kr. — Bei Abnahme von 10 Stück werden die Postspesen vergütet.

Ein Bett ist an einen Parteigenossen sogleich zu vermieten. — Rudolfsheim, Schmelzgasse 8, 2. Stock, Tür 17.

Die nächste Nummer erscheint am 10. Februar.

(Die in Klammern befindlichen Ziffern bedeuten den Preis der Annoncen.)

Adresse der Herausgeber der „Zukunft“:

Andreas Groffe, IV., Hauptstraße 23, 1. Stock.

Jeden Dienstag: Herausgeber-Sitzung.

Herausgeber und Verleger: Andreas Groffe, Josef Bybes, Franz Mok.

Verantwortlicher Redakteur: Josef Bybes.

Druck von W. Jacobi, Wien, Stadt, Schottenring 6.

Wöslau beigetreten Aus diesem Grunde wurde in einer Versammlung anfangs November der Beschluß gefaßt, in Wöslau ein Lezimmer für die dortigen Mitglieder zu eröffnen. Da aber die Interpretation der Vereinsstatuten von Seite der Behörden eine Verschiebung ist, so hatte der Obmann eine Anzeige von der Eröffnung eines Lezimmers in Wöslau an die l. f. Bezirkshauptmannschaft gemacht, um von dort zu erfahren, ob dieselben gestattet sind oder nicht. (Solche Lezimmer hatte der Verein in früheren Jahren in der Umgebung fünf, ohne bei der Behörde eine Anzeige zu machen, eröffnet, dieselben wurden anstandslos geduldet). — Am 10. Nov. wurde die Anzeige überreicht, am 12. November kam nachfolgender Bescheid: „Z. 15573. Ich bin nicht in der Lage, die mir heute unterm Datum 9. Nov. l. f. erstattete Anzeige von der Eröffnung eines Lezimmers im Gasthause des Martin Penigg, Alststraße Nr. 212 in Wöslau zur Kenntnis zu nehmen, finde vielmehr die Eröffnung dieses Lezimmers in Wöslau als den statutenmäßigen Wirkungsbereich des Arbeiter-Bildungsvereines, welcher nach den Statuten seinen Sitz offenbar in Baden hat, überschreitend, zu untersagen. Nachdem übrigens aus der Anzeige von der Eröffnung eines Lezimmers in Wöslau hervorgeht, daß der Verein seinen statutenmäßigen Wirkungsbereich überschritten hat, finde ich mich veranlaßt, im Sinne des §. 25 des Vereinsgesetzes vom 15. Nov. 1867, Nr. 134 R.-G.-Bl. die Tätigkeit des Wöslauer Arbeiter-Bildungsvereines bis zur endgiltigen Entscheidung über die Aufhebung desselben, welche ich unter Einem von der hohen l. f. u. o. Statthalterei in Wien einholte, einzustellen. Baden am 11. Nov. 1880. Der l. f. Bezirkshauptmann: Kilmannsegg.“ — Der Verein mußte somit seine Tätigkeit einstellen; eine Deputation ging zum Bezirkshauptmann, um wenigstens diese Einstellung außer Kraft zu setzen, aber vergebens, wir wurden auf die Statthalterei vertrieben. Am 4. Dezember kam folgender Bescheid: „Z. 16407. Da die von dem Arbeiter-Bildungsverein in Baden veranlaßte Eröffnung eines Lezimmers in Wöslau von mir bereits untersagt wurde, somit die hierin gelegene Ueberschreitung des statutenmäßigen Wirkungsbereiches nicht mehr besteht, ferner, da in dem angeführten Umstände, daß seit Jänner l. f. keine Vereinsversammlungen angeordnet wurden, ein Unterfangungsgrund infolgedessen nicht gefunden werden kann, als die Abhaltung geheimer Konventikel nicht nachgewiesen ist, hat der Herr Statthalter in Niederösterreich laut h. Erlasses vom 16. d. M., Z. 42310 zwar die Auflösung des Vereines im Sinne des §. 24 des Gesetzes vom 15. Nov. 1867, Nr. 134 R.-G.-Bl. Nr. 134 über das Vereinsrecht demalen nicht zu verfügen befunden, mich jedoch aufgefordert, den Verein dahin zu verwarren, daß in dem Falle einer neuerlichen Ueberschreitung des statutenmäßigen Wirkungsbereiches sofort mit der Auflösung vorgegangen werde, — was hiermit geschieht. Gleichzeitig nehme ich auf Grund des zitierten hohen Erlasses die von mir mit dem Erlasse vom 11. d. M., Z. 15573 verfaßte Einstellung der Tätigkeit des Vereines zurück. Baden, am 29. November 1880. Der l. f. Bezirkshauptmann: Kilmannsegg.“ — Der Referent behält sich vor, beim vierten Punkte der Tagesordnung diesbezügliche Anträge zu stellen. Der Kassier berichtet über einen Kasstend von 84 kr., der Bibliothekar, daß der Verein 131 Bände teils wissenschaftlicher, teils geschichtlicher Werte und verschiedene Broschüren besitzt. — Die Wal erab folgenden Resultat: N. Hofmann, Obmann. Dollak, dessen Stellvertreter, Kieß, Kassier; Ausschüsse: Weich, Wolfjäger, Woller, Gebhart, Meier, Schults, Willisch, Sifora. Herr Bachmann und Herr Nemeß wurden zu Revisoren gewählt. — Dollak besprach den Statthaltererlaß, den Erlaß der Bezirkshauptmannschaft in Baden und betonte die Notwendigkeit einer Statutenänderung. Meier beantragt, daß ein Komitee von fünf Mitgliedern gewählt werde zum Behufe der Statutenänderung. (Angenommen). — Gewählt wurden die Herren Willisch, Dollak, Meier, Woller und Hofmann.
Johann Dollak, Obmann-Stellvertreter.

Judenburg. Der neuangeordnete Arbeiter-Lezeverein hielt am 12. Dezember die erste Monatsversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Verlesung der Statuten. 2. Wahl des Ausschusses. 3. Anträge und Interpellationen. — Gewählt wurden: Alois Wutz, Obmann, Jos. Jetta, dessen Stellvertreter, N. Aueisel, erster, Jakob Brudner, zweiter Schriftführer, Anton Baumgartner, Rechnungsführer, Georg Horster, dessen Stellvertreter, Stefan Walle, Kassier, Th. König, erster, Josef Leitner, zweiter Bibliothekar. — Genossen! Wenn es uns auch nicht gedünnt ist, in diesem Vereine sich mit Volltätigkeit zu betheiligen, so werden wir uns desto mehr betheiligen, die Mitglieder, so weit es in unseren Kräften steht, in geistiger Beziehung auszubilden, denn je mehr die Menschheit aufgeklärt ist, desto früher werden die noch bestehenden sozialen Uebelstände verschwinden und einem besseren und gerechteren Systeme Platz machen! Darum, Genossen, agitirt für den zahlreichen Beitritt zum Verein, denn nur durch massenhafte Beteiligung an dem Verein ist es demselben ermöglicht, für die geistige Ausbildung seiner Mitglieder nach besten Kräften Sorge zu tragen!
Alois Wutz.

Nümcristadt. Am 21. November 1880 feierte der hiesige Arbeiter-Bildungsverein sein achttes Gründungsfest mit Festball. Nach Eröffnung des Festes hielt Herr H. Wankle die Festrede, welche von allen Anwesenden mit Beifall aufgenommen wurde. Begrüßungsschreiben waren eingelaufen von Wien, Hagersdorf, Vörs, Reichenberg, Reindorf, Sternberg, Freudenthal, Jägerndorf und Raab-Schönberg. Der Besuch des Festes war von Seite der Arbeiter ein maßiger, hingegen erfreuten wir uns der Anwesenheit vieler Personen aus dem Fabrikantenstande, welche uns in Folge der geringen Einnahmen bedeutend materiell unterstützten. Uebrigens verlief das Fest zur Zufriedenheit aller Teilnehmer und endete erst gegen vier Uhr morgens. — Am 26. Dezember hielt der erwähnte Verein einen geistlichen Abend, welcher über alle Erwartung zahlreich besucht war, wodurch das vom Gründungszeit geliebte Fest wieder gedeckt wurde und noch ein Kasstend verblieb.
Wilh. Strauch, Schriftführer.

Ausweise.

Nr. 87.

Für die Familien unserer verurteilten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

Patron, Admont 20, Josef Hampel 10, Hofböck 10, Genossen Sternbergs 3.—, die roten Zwillinge 50, der Michel hat allemal kein Geld 1.30, Früh 10, Kazenichlager, Jrovajoh 20, Leopold 8, das rote Hufeisen 9.05, Genossen beim Rattel 1.75, Genossen beim Müller 1.25, Capdigasse 50, Bernard 10, Inhabstirte 20, Schneider Wiens 10.—, für die Inhabstirten durch B. l.—, die Noten am Neubau 2.00, Traub 60, Nemeß 60, einen Kreuzer können wir leicht entbehren, viele können Emen ernähren 3.04, Klaviaturfabrik Schmiedmeier 1.40, die zwei Lustigen b. Daniel 40, Union, Sechshaus 1.55, Ungenannt 10, R. 15, die rote Politur 70, R. Klemmich 20, Althofer 10, Bachhold 20, Heinrich Matzka 20, Aus 20, Frühe 10, Tischgesellschaft, Gasthaus Duntel 90, Willardfabrik Seifert 4.10, Robemann 40, Aufschel 40, Steinmechergilden beim Sederl 1.—, Etschka 20, Führer 20, Bohm 20, R. R. 10, Ehinger 10, Etschka 50, Böhm 40, Aufschick 20, die Noten von der Buchselbgasse 52, Epittelberger 1.—, die Noten am Neubau 4.20, Salzburg 40, die roten Zwillinge 30, die Lustigen für die Retributen 1.17, durch Genossen Ghn 1.79, die rote Politur 5.31, Capdi Nr. 14 50, Gesellschaft für Menschenrechte 3.—, eine Tischgesellschaft von Gerbern 65, Genosse A. 25, Tischlerwerkstätte des Herrn Ludwig Schmidt 2.70, Ferd. Müller 20, Ludwig Schmidt, Florianigasse 2.45, E. Löw's Fabrik für Freiheit und Gerechtigkeit 1.—, Genossen Norddorf 1.38, Nowak 10, Toricht 10, Genossen Floridsdorf 1.67, durch Jinner W. J. 50, von einem Vortrag 1.—.
Summe 80 fl. 45 kr

In Graz sind für die Familien der Inhabstirten eingegangen: Bindermann 20, Parteigenossen Rindberg 3.—, Eisen- und

Metallarbeiter Klagenfurt 1.45, Till's Kunstmühle in Bruck a. d. Mur durch Franz Hor 1.—, Genossen Kömerstadt 4.50, Genossen Veyen durch J. Kals 5.89, durch Kolenbauer 1.20, und zwar Schafraueg 50, Lindmeier, Mißk 20, Massami Filip, Bormer je 10, Genossen der Pollal'schen Schuhfabrik 2.56, Genossen Würzschlag 86, Kleidermacher Klagenfurt 2.20, von einer Tischgesellschaft in Wels 2.20, Stantof 40, mehrere Arbeiter in Donauw. 2.—, Genossen in Ein durch Anton Juchs 7.30, Genossen Klagenfurt durch Fr. Sumitich 5.—, Traunig 20, Mäfer 15, Arbeiter Batsifella 30, Hofer 10, Kleidermacher durch Jos. Kainer 5.—, Parteigenossen Klagenfurt durch Boienböck 5.—, Fischerei 20, gemeine Arbeiter der Reida'schen Werkstätte 2.13.
Summa 53 fl. 84 kr.

Graz: Die Noten in der alten Schießstatt 45, Tischgesellschaft im Caf. Hannal 1.26, Genossen Kollach durch M. Hopphan 1.36, Benz 40, 20, 20, R. P. in 7-40, Fürhaber 30, Genossen Würzschlag durch Wetrava 1.22, Schafraueg 20, Genossen Bruck a. d. Mur durch Hörnig 1.87, und zwar: Schnitberger 20, Hörnig, Jostl, Kirchberger je 15, Krento 12, Bichler, Kehat, Blaticha, Schweighofer, Greber, Staudinger, Kolmanitsch, Wimeyrieder, Lanher, Klov, Kainer je 10, Tischgesellschaft in Kollach durch M. Hopphan 80, Tombola des Arbeiter-Lezeverein Kollach 2.50, Schuhmacherkränzchen in der Steinfelder Bierhalle 1.63, und zwar: Keimer 30, Zwanitz, Jurice, Zwerinka, Nowald, Proft je 10, Zichl 4, d. rch Rud. Hartl 79, Spielgesellschaft zur alten Schießstatt durch Höfler 64, Kulmer 22, Schafraueg 10, Tischgesellschaft der ferbischen Studenten im Caf. Meran 2.62, Tischgesellschaft zur Stadt Trient 42, Graz für Gemahrgasse 1. Woche 46, 2. Woche 60, Tischgesellschaft im Caf. Meran 72, die Noten im Häuser im Wald 35, Sch. für Gemahrgasse 1. Post 77, 2. Post 52, Traunig 50, die Noten haben gespielt 1. Post 38, Sch. für die Gemahrgassen 2. Post 65.
Summa 22 fl. 18 kr.

Briefkasten.

Redaktion: F. M. in Reicholdsdorf a. d. Südbahn: Ihren Brief vom 19. Dez. erhalten. Die von ihnen reklamierte Nummer wurde konfiskirt. — Wegen Raumangel mußten mehrere Berichte für nächste Nummer zurückgeleitet werden.

Administration: Karl Müller in Vares a. d. Drau: Ihr Abonnement reicht bis Ende März. Das Bewuste können wir nicht bezorgen, da müssen Sie sich an die Genossenschaftsdruckerei in Leipzig wenden. — Herr Th. Siekel: Ihr Abonnement reicht bis Ende Jänner 1882. — G. W. in Nürnberg: Ihr Abonnement reicht bis Ende März 1881. — W. W. in Köln: Ihr Abonnement reicht bis Ende Februar 1881. — F. Sch. in Nachendorf bei R.: Ihr Abonnement endet 1. März 1881. — J. B. in Wsch: Ihr Abonnement reicht bis Ende Oktober d. J. — W. R. in Hallstatt: Für wen zahlen Sie das zweite halbjährige Abonnement? — H. B. in Bruck a. d. M.: Das Abonnement endete am 1. Okt. 1880. — W. K. in Würzthal: Ihr Abonnement reicht bis Ende März 1881. — C. C. in Reichenberg: Ihre Blätter wurden regelmäßig abgefordert. Bitte bei der Post Beschwerde zu führen. Besten Gruß. — W. P. in Würzstein: Kalender wurde abgefordert, senden nochmals. — Alle weiteren Anfragen werden in nächster Nummer beantwortet.

Ankündigungen.

Sonntag den 30. Jänner 1881 in den „drei Engel-Sälen“, IV., gr. Neug., 2 Uhr nachm.,

slawische Volksversammlung.

Tagesordnung: Die Regierungsvorlage der neuen Gewerbeordnung.

Arbeiter! Eure Pflicht ist es, massenhaft bei dieser Versammlung zu erscheinen, um Euer Urteil über die Regierungsvorlage der neuen Gewerbeordnung abzugeben. Die Einberufer.

Im Verlage von Andreas Groffe, Wien, 5. Bez., Hundstürmerstraße 89, ist die zweite Ausgabe des

österreichischen Arbeiter-Kalenders

für das Jahr 1881

erschienen.

Preis per Exemplar 25 kr.

Bei einzeln bestellten Exemplaren ist außer dem obigen Preise noch 5 kr. für Postporto einzufenden.

Inhalt: Kalendarium. — Zeitbetrachtungen. — Ein Kapitel von der Sonne. — Zur Geschichte des Pauperismus in Schottland. — Aus den Briefen eines preußischen Rekruten an einen Freund. — Vereinsverzeichnis.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Uebersicht und Tätigkeit des Vereines:

Sonntag. In der Zentrale, Buchhaltung nachmittags.
Montag. Tanzunterricht von 1/2-10 Uhr abends, Bibliothek von 8-9 Uhr, in der Zentrale.
Dienstag. In der Zentrale, Elementarunterricht für Vorgesessene von 1/2-10 abends, Gesangsübung in Huber's Gasthaus, 6. Moßardgasse 9.
Mittwoch. In der Zentrale, Tanzunterricht von 1/2-8 bis 1/2-10 Uhr abends. Elementarunterricht für Anfänger, 6. Bez., Kalerngasse 11. Ausschussführung von 8 Uhr an. Gesangsunterricht in Huber's Gasthaus, Moßardgasse.
Donnerstag. In der Zentrale, Unterricht für Völker- und Länderkunde von 1/2-10, Bibliothek von 8 bis 9 Uhr abends.
Freitag. In der Zentrale, Elementarunterricht für Vorgesessene von 1/2-10 Uhr abends.
Samstag. Französischer Unterricht von 1/2-8 Uhr, Stilistik von 1/2-9-10, Bibliothek von 8-9 Uhr.
Am 16. d. M. beginnt ein Zeichenunterricht und am 20. d. M. ein neuer französischer Sprachunterricht für Anfänger in der Zentrale.
Einschreibungen finden täglich in der Zentrale, 7. Bez., Sieglergasse 25, statt.